

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72306

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Haupttitel 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50%. Nachsch. Reklamezeile 2 Wt. Inserate v. ausm.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf., bei Haupttitel 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Wt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Hilferding über den Reichshaushaltplan.

Kritik des neuen Finanzprogramms.

Berlin, 11. Februar.

In einem unterscheidet sich die jetzige Haushaltsplanberatung von denen der letzten Jahre, sie wird konkreter, einheitlicher, die Redner sagen nicht einfach ihr parteipolitisches Sprüchlein her, unbekümmert darum, was die Redner vor ihnen gesagt, oder was den Etat im besonderen auszeichnet; sie sind gezwungen, konkret zu ihm Stellung zu nehmen. Darin drückt sich der Fortschritt aus, der seither gemacht worden ist. Ein großer Unterschied zwischen den Etatsreden von heute und denen der Vorkriegszeit besteht allerdings, und er fällt ganz zugunsten der früheren aus. Damals wurde die Außen- und Innenpolitik knapp und doch scharf zusammengefaßt, und die Parteien hielten einander die politischen Sünden mit einer Deutlichkeit vor, daß kein Zweifel auskommen konnte. Jetzt dreht es sich um einige ganz begrenzte Gebiete: die Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik. Die heutige Aussprache wurde vom deutschnationalen Führer Hergt mit einer temperamentvollen Rede eröffnet, es war aber nicht etwa eine Anklage. So lebhaft es durch Zwischenrufe und starke Heiterkeit zuweilen zugeht, die Ausführungen trugen trotzdem den Charakter der Gemütlichkeit. Die Rede Hergts brachte allerdings dadurch eine Enttäuschung für die, die sich auf eine scharfe Kampfsprache gefaßt gemacht hatten, wie man sie nach den Ankündigungen des Grafen Westarp erwarten mußte. Die große deutschnationale Oppositionsgruppe sucht offenbar auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele zu kommen. Der Ton der Rede Hergts strotzte von anerkennenden Worten für den neuen Finanzminister und es wurde sogar mehrmals die Mitarbeit der deutschnationalen Partei zugefagt; man hatte den Eindruck, als solle die Bahn für die große Koalition nach rechts freigemacht werden. Daneben bemühte sich Hergt ernsthaft um den Nachweis, daß der derzeitige günstige Finanzstand des Reiches der fürsorglichen deutschnationalen Politik zuzuschreiben sei. Herr Rehnold hätte keine solchen Steuerermäßigungen und sonstigen Erleichterungen in Aussicht stellen können, wenn sein Vorgänger kein so fürsorglicher Hausvater gewesen wäre.

Dieses schön zurechtgemachte Märchen zerstörte Genosse Hilferding gründlich, der gleich nach Hergt zu Wort kam. Unter wachsender Zustimmung und Heiterkeit des Hauses besorgte es Hilferding zu gründlich, daß die Betroffenen heftig wetterten und gestikulierten. Zahlenmäßig und durch vieles andere Beweismaterial unterstützt, wies er nach, wie die Deutschnationalen Defizitierungspolitik getrieben haben, natürlich nur zum eigenen Vorteil; wobei die Deutschnationalen dreist die anderen Parteien, besonders die Unfrige, noch fortwährend als Schuldige hinstellten. Wie sie erst jede Sanierung zu hindern suchten und dann mit 48 Stimmen beim Dawesplan sich drei Ministerstühle erkauften, nagelte Genosse Hilferding gründlich an. Diese Kennzeichnung war umso nötiger, als in unserer schnelllebigen Zeit es den Deutschnationalen mit ihrer neuen verlogenen Legendenspolitik sonst gelingt, die Deffenlichkeit irrezuführen und ihre Lügen vergessen zu machen. Ein anderes Geständnis Hergts ist für alle Zukunft allerdings festzuhalten, daß wir nämlich bedacht sein müßten, das Verirren des Auslandes zu gewinnen. Eine Lachsalbe war die Antwort auf diese neueste deutschnationale Schwanzentung. Wäre sie ehrlich gemeint und könnte man erwarten, daß die Deutschnationalen längere Zeit danach handelten, man könnte sich im Interesse Deutschlands nur darüber freuen. Aber das Echo aus dem Saale zeigt nur zu deutlich, daß daran nicht geglaubt wird.

Nach der Abfertigung der Deutschnationalen und ihrer unwahrhaftigen Politik wandte sich unser Redner dem Programm des neuen Finanzministers zu. Neben einer sachlichen Kritik über dessen Mängel legte Hilferding positiv den sozialdemokratischen Standpunkt dar. Es kommt nicht nur darauf an, einige Verbesserungen im Steuerwesen durchzuführen, unzumutbare, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft schwer belastende Steuern beseitigen zu wollen, sondern es muß vielmehr durch gründliche Verwaltungsreform und Einführung demokratischer Kontrolle die Garantie zur Durchführung geschaffen werden. Hauszinssteuer und Umsatzsteuer dienen als gute Beispiele. Aus kommt es auch nicht nur auf eine Steuer- und Verwaltungsreform, aus kommt es auf den Verwendungszweck der Einnahmen an. Die unerträgliche Notlage der arbeitenden Bevölkerung muß durch eine umfassende wirksame Sozialpolitik abgeholfen werden. Dieses Programm wird immer mehr Gemeingut der Arbeiterschaft werden, ihren Kampfesmut stärken und sie in den Stand setzen, ihr Ziel zu erreichen.

Daß es sich diesmal nicht nur um das Steuerprogramm, sondern um die Sozialpolitik mit handelt, das zeigt die Wahl des Zentrumsredners. Nach all den schweren Enttäuschungen, die die christlichen Arbeiter erlitten haben, muß ihnen doch auch wieder etwas geboten werden. Ob der Gewerkschafts-

sekretär Erising dies fertig brachte, wollen wir nicht entscheiden. Schließlich kommt es auch nicht allein auf Worte, sondern vornehmlich sogar auf Taten an. Gegen sieben Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Freitag verlag.

Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der 1. Beratung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1926. Abg. Hergt (Dl.) beginnt mit der Forderung, daß eine vorläufige Finanzpolitik getrieben werden müsse. (Beifall rechts und heitere Zurufe links.) Damit stehe aber der Plan des neuen Finanzministers in Widerspruch. Die versprochenen Steuerermäßigungen würden ihm allerdings Popularität verschaffen, aber bei dem bisherigen System, das auch für die Zukunft sorgte, habe man doch sicherer gelebt. Der Minister habe zwar einige schöne Grundzüge aufgestellt, aber es scheine doch, als wenn sie nicht ganz seiner Ueberzeugung entsprächen. Der Gedanke, den Steuerzahlen zu helfen, sei ganz richtig, aber er sei in der jetzt vorgetragenen Form mit zu wenigen Kautelen umgeben. Wenn von einer unzulässigen Häufung der Steuerkapitalien gesprochen werde, so dürfe sich dieser Vorwurf nicht gegen den bisherigen Finanzminister, sondern gegen die Regierung von 1924 (Heiterkeit bei den Regierungsparteien) richten. Die jetzige Regierung von 1925 habe nur die Verteilung der Steuerüberschüsse vorgenommen und dann sei doch auch die Ermäßigung der Umsatz- und der Lohnsteuer erfolgt. Große Heiterkeit erregt es, als der Redner behauptet, auch die neue Ermäßigung der Umsatzsteuer gehe auf deutschnationale Anregungen zurück.

Die Zusätze für die Gemeinden würden die zu erwartenden Ausfälle nicht wieder gutmachen. Das werde eine weitere Unsicherheit in dem Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schaffen. Der Finanzminister habe zwar versprochen, der Wirtschaft zu helfen, aber sein Finanzprojekt sei geeignet, die Wirtschaft zu schädigen. (Als der Redner davon spricht, daß man nicht eine neue Inflation schaffen dürfe, macht eine Zuhörerin auf der Tribüne einen lauten Zuruf. Später ruft sie hinunter: „Hauteitensprämie“. Es entsteht einige Bewegung im Hause, die Ruferin wird hinausgeführt.)

Lebhafte Widerspruch erregt Abg. Hergt, als er behauptet, der Reichsfinanzminister lege mit seinem Projekt die Art an die Wurzel des parlamentarischen Systems. Aber hier könne der Redner sagen: Herr Hauptmann, gehen Sie voran, wir folgen nach! (Beifall bei den Dl.) Der Erhöhung der sozialpolitischen Lasten würden seine Freunde nicht zustimmen. Es werde eine unpolare Finanzgebarung entstehen, dann aber Auslandsanleihen, aber Vertrauen des Auslandes zu Deutschland! (Stürmische Heiterkeit links!) Die Kernfrage sei, ob Deutschland die Daweslasten in Zukunft werde leisten können. Das sei aber nicht zu erwarten. Auch der kleine Verbesserungsschein im Betrage von 215 Millionen müsse doch realisiert werden. (Zuruf des Abg. Hergt: Durch Ihre Steuerpolitik!)

Die Deutschnationalen würden die zu erwartenden Einnahmen genau prüfen, wir werden sie nicht abschlehen, denn wir nehmen das Geld, wo wir es kriegen. (Stürmische Heiterkeit.) Der Redner schloß mit der Versicherung, daß seine Partei sich an der Arbeit zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands beteiligen wolle. (Bravo bei den Dl.)

Die Schuld der Deutschnationalen.

Abg. Hilferding (Soz.):

Auch wir haben die Ausführungen des Reichsfinanzministers mit großer Vorbehalten angehört, aber der Herr Abg. Hergt war zu seiner Kritik nicht berechtigt. Diese deutschnationale Rede hätten wir vor einem Jahre hören müssen, als der Reichsfinanzminister Schlieben hier stand. In einem Zeitpunkt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse so ungünstig waren, sind uns gerade die höchsten Lasten auferlegt worden. Das ist das, was wir als Defizitierungspolitik bezeichnen und dafür tragen Sie (zu den Deutschnationalen) die volle Verantwortung. Die sozialdemokratische Partei hat damals davor gewarnt, auf diese Art Steuerpolitik zu machen, die zu einer ungeheuerlichen Belastung der Wirtschaft führen mußte. (Zuruf von rechts: Sie waren doch auch Finanzminister!)

Sie haben mich ja zu früh gestört, ehe ich noch eine bessere Politik machen konnte! Sie aber haben, und das ist das Entscheidende, die Lasten geschaffen, um die Ausgaben für unsoziale Zwecke für die Unterhaltung der Schwerindustrie zu haben. (Sehr richtig bei den Soz.)

Das Schlimmste dabei war das Verhalten der Deutschnationalen in der Frage der Verbrauchsteuern. Entgegen unserer Warnung haben Sie (zu den Deutschnationalen) die Führung bei den Verbrauchsteuern übernommen. Wir haben damals gesagt, daß die Erhöhung der Verbrauchsteuern zur Erhöhung der Daweslasten führen müsse. Trotzdem haben Sie für diese Verbrauchsteuern gestimmt. Der Sinn des Londoner Abkommens zwang uns dazu, die Verbrauchsteuern nicht zu erhöhen, trotzdem haben Sie es doch getan. Jetzt aber unternimmt Ihre Presse, allen voran Herr Hugenberg, jenes abschreckende Manöver, in dem er den Nachweis zu bringen versucht, daß nur das Dawes-Abkommen die Schuld an unserem Elend trage. Er laßt den Frauen, wie hoch die Last aus der Zundersteuer und aus anderen Verbrauchsteuern für sie sei.

Der Vater der Verbrauchsteuern heißt aber Hergt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Finanzminister Schlieben ist durch seine Finanzreform ein Schädling des deutschen Volkes gewesen. Er hat in erheblicher Weise zur Erhöhung der Krise und zur Erhöhung der Lasten aus dem Dawes-Abkommen beigetragen. (Sehr richtig bei den Soz.) Daß die Dawes-Gesetze überhaupt zustande gekommen sind, das ist ausschließlich das Werk der Deutschnationalen. Sie hätte ja nein sagen können. (Zuruf von den Deutschnationalen: Haben wir ja!) Nein, Sie haben ja gesagt! Herr Curtius hat Ihnen geschrieben, daß die Deutschnationalen, wenn sie dem Dawesplan zustimmen würden, Knispuch auf Regierungssitze erhielten. Haben Sie in diesem Augenblick gesagt, daß Sie die Verhandlungen nicht weiter führen wollten?

Nein! Sie haben dafür gesorgt, daß die Zahl der „Ja-Sager“ erreicht wurde, um das Eisenbahngesetz, um die anderen Dawes-Gesetze zu machen. Sie haben also die volle Verantwortung dafür. (Lärm bei den Deutschnationalen.)

Sie haben ja aber einen besonderen Sachverständigen unter sich für die auswärtige Politik, Herrn Hochsch. Er hat geschrieben, daß die deutschnationale Fraktion die Durchführung des Dawes-Abkommens erst ermöglicht habe, daß sie also jetzt die Verantwortung dafür trage. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es bleibt also dabei, daß Sie für die Dawes-Gesetze die volle Verantwortung tragen. Sie teilen diese Verantwortung mit den anderen Parteien des Reiches, mit Ausnahme der Völkischen und der Kommunisten.

Aber abgesehen von der Frage der Verantwortung wissen wir doch, daß die Dawes-Gesetze erst eine Erleichterung unserer Lage

möglich gemacht haben. Wir haben es doch erreicht, daß die uns auferlegte Kontrolle zeitlich begrenzt wurde, wir haben erreicht, daß wir gegen neue Uebergriffe der früheren Kriegsgegner geschützt wurden. Wollen wir Sie also auch aus dieser Verantwortung entlassen, so tragen Sie doch die volle Verantwortung für die Defizitierungspolitik des vorigen Finanzministers und für die Steigerung der Lasten für das dritte und vierte Reparationsjahr. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wenn heute der Reichsfinanzminister ein Programm der Steuerermäßigungen vorlegt, so ist das an sich eine Kritik an der Steuerpolitik des vorigen Jahres. Er hat auch ausgeräumt mit der deutschnationalen Legende, daß die Republik verschwenderischer wirtschaftete, als die früheren Regierungen. Die Rede des neuen Finanzministers zeigt aber auch, wie richtig unsere Politik im sozialpolitischen Ausschuss war. Dort wurde uns immer wieder gesagt, für eine Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen wäre kein Geld da. Mit dieser Behauptung hat die Rede des Reichsfinanzministers gebrochen. Aber damit sind wir nicht einverstanden, daß er die Notwendigkeit der Steuerermäßigungen vor die Notwendigkeit der Erhöhung der sozialen Leistungen stellt. Für uns steht die Frage in erster Linie, nicht ob wir Steuern erheben wollen, sondern zu welchem Zweck? Wenn zu dem Zwecke, um zur Besserung der Volksgesundheit beizutragen, dann sind wir für die Erhebung der Steuern. Schon vor der Beratung der Finanzreform des Ministers Schlieben haben wir Anträge auf Ermäßigung der Umsatzsteuer gestellt. Sie sind jetzt abgelehnt worden. Der Minister hat gestern gemeint, daß von der Ermäßigung der Umsatzsteuer eine bedeutende Wirkung auf das Preisniveau zu erwarten sein werde. Diese Wirkung konnte sie haben. Die Ermäßigung macht auf den Gesamtumsatz 2 Prozent aus. Aber bei der augenblicklichen Organisation der deutschen Wirtschaft ist es doch äußerst fraglich, ob diese Rückwirkung eintreten wird.

Es würde diese Wirkung nur haben, wenn sie in Verbindung mit einer gleichgerichteten Handelspolitik kommt. Die künftigen Handelsverträge müssen die notwendigen Zollermäßigungen bringen, die dann auch die Preise senken werden. Gerade die Frage der Preisentung muß ein wichtiges Argument für die Erhaltung der Schutzzölle sein. (Sehr richtig bei den Soz.)

Für die Einzelheiten des vom Reichsfinanzminister vorgelegten Steuerprogramms behalten wir uns eine eingehende Prüfung noch vor. Wir wollen aber schon jetzt keinen Zweifel darüber lassen, daß wir der Herabsetzung der Besitzsteuern und der Milderung der Vermögenssteuern unseren heftigsten Widerstand entgegenstellen werden. Schon Herr Schlieben hat die Besitzsteuern ermäßigt, jetzt wird wieder ihre neue Ermäßigung angekündigt. Dabei steht es fest, daß 4,8 Milliarden durch die Massenbelastung aufgebracht werden und nur 2,4 durch Besitzbelastung. (Hört, hört! bei den Soz.) In England ist die Entwicklung gerade umgekehrt gegangen. Schon jetzt bringt die Lohnsteuer einen erheblichen Teil der Einnahmen überhaupt auf. Während in England ein Einkommen unter 2000 Mark steuerfrei bleibt, wird bei uns das steuerfreie Einkommen schon mit 1200 Mark erreicht. Vorher den Arbeitern werden auch diejenigen am stärksten belastet, deren Steuerleistung sich am leichtesten übersehen läßt. So geschieht die Veranlassung in der Landwirtschaft in der Weise, daß die buchführenden Landwirte sogar mit ihren Familien auf Heller und Pfennig besteuert werden, während andere ganz steuerfrei bleiben.

Auch bei den Ausgaben können wir dem Finanzminister nicht ganz folgen. Mit dem Abbau der Beamten wird endlich Schluß gemacht werden, darin stimmen wir ihm zu. Ich stimme ihm auch darin zu, daß Änderungen in der Verwaltung vorgenommen werden müssen. Es können noch ganz andere Einsparnisse gemacht werden. Es ist ein geradezu unheiliger Zustand, daß im Jahre der stärksten Krise die Ausgaben für die Reichswehr von 7 auf